

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/59

Hannover, 21. Mai 1948

Die politische Neutralität der Gewerkschaften

=====

R.D. Die Gewerkschaften, die sich nach dem Zusammenbruch fast ausschliesslich mit dem Aufbau ihrer Organisation und bisher dank besonderer Verhältnisse nur mit geringfügigen Regelungen arbeitsrechtlicher Fragen beschäftigten, sind seit einigen Wochen stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Anlass geben die Ernährungstreiks und die angekündigten Lohnaufstockungen um 15 Prozent. Die Aufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, berührt trotz der selbst auferlegten Beschränkung alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, sie kann nicht losgelöst von diesen betrachtet werden. Das gesellschaftliche Leben aber wird nicht unwesentlich von politischen Maximen bestimmt. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften, wollen sie auftragsgemäss ihre Funktionen erfüllen, politische Voraussetzungen zu erfüllen haben.

Es ist offensichtlich, dass zwischen der betonten parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften und der Erfüllung politischer Aufgaben schon deswegen ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht, weil den Gewerkschaften in den politischen Gremien die ihrer Bedeutung entsprechenden Vertretungen fehlen.

Andererseits muss man in Rechnung stellen, dass das Unternehmertum und sein Einfluss niemals aus Politik und Wirtschaft ausgeschaltet war, sie im Gegenteil fast ausschliesslich dirigierte und nach dem Zusammenbruch lediglich die Aufgabe hatte, sich personell und organisatorisch neu zu legitimieren. Sein klassenpolitisches Fundament war erhalten geblieben, und wir finden heute die alten Vertreter von Finanz, Industrie und Handel in Personunion als Abgeordnete der neuen Besitzbürgerparteien. Ihr politischer Einfluss ist gesichert. Sie beherrschen die Wirtschaft - die Parteien (CDU, DP, EDP, WAV), die Parlamente, die Verwaltungen sind von ihnen durchsetzt und sie machen wieder einmal in Politik.

Anders die Arbeitenden und ihre Organisationen, Gewerkschaften und Parteien. Sie mussten von vorn beginnen, materiell, personell, organisatorisch, ja selbst ihre ideellen Voraussetzungen waren

einem Klärungsprozess unterworfen, der noch keineswegs abgeschlossen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer starken einheitlichen Organisation haben alle früheren Gewerkschaftsrichtungen ihre traditionellen parteipolitischen Bindungen aufgegeben und befehligen sich parteipolitischer und religiöser Toleranz. Sie haben damit eine grosse Organisation gewonnen, des politischen Einflusses aber haben sie sich in entscheidender Weise begeben. Zwar versichern alle Parteien, dass sie den gewerkschaftlichen Zielen Verständnis entgegenbringen, es liegt jedoch im Charakter der Sonderorganisation "Partei", ihren eigenen Zielen die Priorität beizumessen, soweit ihre Versicherungen nicht von vornherein der Opportunität entspringen. Zwar finden wir Gewerkschaftsvertreter in den beiden grossen Parteien SPD und ODU. Von einer Personalunion zwischen Gewerkschafts- und Parteiführung, wie früher bei Zentrum und christlichen Gewerkschaften, Freien Gewerkschaften und SPD, kann heute keineswegs mehr die Rede sein.

Und hier zeigt sich der Pferdefuss der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften. Während ihre Klassengegner über bestimmte Parteien in alle massgeblichen Funktionen kamen und sie durchaus klassenpolitisch verwenden, stehen die Gewerkschaften politisch fast isoliert da. Ihre Gegner bestimmen die Höhe des Sozialproduktes der Schaffenden politisch durch: Erhöhung der Warenpreise, Zuteilung von Rohstoffen für Investitionsgüter statt für Verbrauchsgüter, Unterlassung einer geregelten Erfassung der Produktion und der Bestrafung der Warenhorter etc., und schliesslich kann man ganze Normalverbraucherschichten - und das sind zumeist Mitglieder der Gewerkschaften - ländersweise durch geringere Lebensmittelzuteilungen bestrafen, wenn sie nicht richtig gewählt haben.

Das Fehlen einer koordinierten Konzeption zwischen Parteien und Gewerkschaften hat der Konsolidierung des Unternehmertums in unserer "neuen" sozialen Struktur grossen Vorschub geleistet. Die Arbeitenden spüren das instinktiv und materiell. Sie sind mit den mangelhaften Fortschritten ihrer Organisationen unzufrieden, sie wehren sich gegen die Wirkungen einer verhängnisvollen Verkennung politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Und während Parteien und Gewerkschaften noch um die letzten Erkenntnisse diskutieren, demonstrieren sie ihnen das Mittel ihrer Macht - den politischen Streik. Mögen Parteien und Gewerkschaften dieses Zeichen verstehen.

Die Gewerkschaften brauchen daher eine zweckgebundene politische Vertretung, wenn sie den Auftrag der Schaffenden erfüllen wollen. Was Deutschland nicht braucht, ist eine neue politische Partei - selbst wenn sie Gewerkschaft heisst. Die Parteien, soweit sie sich die Vertretung der Arbeitenden zur Aufgabe gemacht haben, können keiner solchen Stütze ihres politischen Willens ebenso wenig entbehren wie die Gewerkschaften. Parteien und Gewerkschaften haben sich die Konsequenzen ihrer Handlungen und Unterlassungen ernsthaft zu überlegen und müssen eine Lösung finden, die die arbeitende Bevölkerung politisch und wirtschaftlich und damit in der Gesamtstruktur unserer Gesellschaft auch sozial mit ihren Klassengegnern auf die gleiche Ebene stellt. Sie haben nicht zu lange Zeit, ihre Bemühungen brauchen Erfolge - soll die Mißstimmung der Arbeitenden nicht umschlagen und sie neuen Pattenfängern in die Hände spielen.

Marshallplan-Hilfe zur rechten Zeit

v.S. Amsterdam, Mitte Mai

Das erste "Marshall-Schiff" mit einer für Holland bestimmten Ladung Weizen und Soja-Öl ist dieser Tage in Rotterdam eingetroffen, freudig begrüßt von der gesamten holländischen Öffentlichkeit, deren Begeisterung, wie der holländische Aussenminister van Boetzelaar in einer Ansprache beim offiziellen Empfang des Schiffes erklärte, kaum geringer war als seinerzeit in den Befreiungstagen von 1945 beim Eintreffen der ersten alliierten Lebensmittelpenden. Die holländische Bevölkerung ist sich des drohenden Ernstes der wirtschaftlichen Lage in vollen Masse bewusst. Obwohl die Fortschritte des Wiederaufbaus in Holland auf allen Gebieten immer von neuem mit Genugtuung festgestellt werden können, wobei vor allem die Erhöhung der Produktionsziffern auch die volle Anerkennung findet, macht sich der Mangel an notwendigen Rohstoffen in jeder Beziehung störend bemerkbar. Ihr Import kann noch nicht ausreichend durch den Export gedeckt werden, was bei der herrschenden Devisenknappheit auf die Rohstofflage drückt. Diese Situation hätte in absehbarer Zeit einen Rückgang der Produktion und damit eine Herabsetzung des Lebensstandards zur Folge gehabt, wenn nicht der Marshallplan mit den in Aussicht stehenden Lieferungen von Rohstoffen und wichtigen Verbrauchsgütern (neben den finanziellen Zuteilungen) sozusagen als Retter in der Not aufgetaucht wäre. Auf diese Weise wird Holland, wie man hofft, im Laufe von vier Jahren imstande sein, seine Produktion soweit zu vergrößern, dass der Lebensstandard nicht gesenkt wird. "Eine grosse Chance, die uns geboten wird und die wir mit beiden Händen ergreifen wollen", schreibt "Het Vrije Volk", das der Regierung nahestehende Amsterdamer Blatt. "Millionen Gulden werden durch den Marshallplan dem Geldumlauf entzogen, an deren Stelle nun Waren treten sollen. Die Basis des Guldens wird verstärkt und die Produktionskapazität vergrößert. Das sind die zwei wichtigsten Ergebnisse der Marshall-Hilfe, die den Richtlinien des holländischen Wirtschaftsprogramms auch im Hinblick auf die künftige enge Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder entsprechen."

Die finanziellen Zuteilungen, die Holland aus dem Hilfsprogramm erhält (599,6 Mill. Dollar für die ersten zwölf Monate) müssten, wie von zuständiger Seite betont wird, in Vergleich mit den Zuteilungen an andere Länder als durchaus zufriedenstellend angesehen werden. Bekanntlich sind in diesem Betrag auch vorläufige Zuteilungen für Hollands überseeische Gebiete enthalten, die allerdings noch nicht endgültig festgestellt werden konnten. Man nimmt jedoch an, dass die Bildung einer holländisch-indonesischen Interims-Regierung die Regelung beschleunigen wird. In jedem Fall hat man hier den Eindruck gewonnen, dass amerikanische Regierungskreise der Entwicklung in Indonesien und den sich daraus ergebenden finanziellen Bedürfnissen weitgehendes Verständnis entgegenbringen. Was die Zuteilungen an die englisch-amerikanische Zone Deutschlands angeht, so ist man der Meinung, dass diese Zuteilungen auch die Einschaltung der holländischen und belgischen Häfen im Rheinverkehr ermöglichen könnten, worüber bereits Verhandlungen in Berlin geführt werden. (B/481/185/2/ha)

Schnappschüsse von einer Konferenz

Was den stärksten Beifall fand: als der Vorsitzende der Konferenz die Delegierten der Ostzone begrüßte, die illegal über die Grenze gekommen waren; als er bekanntgab, dass auch die Vertreter der französischen Zone ohne Passierschein auf Schleichwegen die Grenze überschritten hatten; als zum Rednerpult ein Tscheche trat, der sich als Vertreter der neuen tschechischen Emigration vorstellte; als der norwegische Delegierte erklärte, dass er auch im Namen der finnischen Freunde spreche, die aus den bekannten Gründen nicht in der Lage waren, selbst Vertreter zu entsenden.

Was erstaunlich war: dass immer, wenn ein ausländischer Gast in seiner Muttersprache das Wort ergriff, in irgendeiner Ecke des Saales ein deutscher Delegierter aufstand und, ohne zu stocken, die fremden Laute verdolmetschte.

Was zu Herzen ging: als mit der österreichischen Delegierten der ewig unbesiegbare Wiener Charme einen neuen Triumph feierte. Sie kam, sprach und siegte. Auch wenn sie nicht so schöne Worte der Begrüßung gefunden hätte.

Was wohl tat: als der Vorsitzende einmal die hoch politische Debatte unterbrach und im Namen der Konferenz dem Geburtstag (es sei diskret verschwiegen, der wievielte es war) einer Frau huldigte. Es war eine Köchin, die neben der Sorge um die tägliche Kinderspeisung einer nicht zu kleinen Stadt noch die Oberleitung der Konferenz-Küche übernommen hatte. Hochbusig, leicht errötend, aber beglückt nahm sie den Fließerstrass unter dem stürmischen Beifall des Saales entgegen.

Was erfreulich war: dass keiner der Delegierten, wenn seine Meinung auch noch so sehr von der offiziellen oder allgemeinen abwich, aus seinem Herzen eine Mördergrube machte.

Was erschütternd war: dass unter den Delegierten ein ausserordentlich hoher Prozentsatz von jungen Männern war, die die Spuren des vergangenen Krieges unauslöschlich an ihrem Körper tragen, eines Krieges, mit dem sie nichts gemein hatten, zu dem sie gepresst wurden, und der sie dennoch für ihr Leben zeichnete. Und dass dieselben Männer sich fast ausschliesslich mit Problemen auseinandersetzen müssen, die dieser selbe Krieg ihrer und der nachfolgenden Generation aufgehalst hat.

Was nicht schön war: dass man keinen Omnibus aufgetrieben hatte, der am Abend wenigstens jene Funktionäre, die kriegsversehrt sind und den ganzen Tag auf Prothesen standen, zur internationalen Kundgebung in der Freiheitshalle gebracht hätte.

Was nicht schwer zu erraten ist: dass diese Schnappschüsse auf der Konferenz der Jungsozialisten in Hof gemacht wurden.

Und was wir (mit Verlaub) den Jungsozialisten empfehlen: Wenn Zeitmangel ist, weniger über fernliegende aussenpolitische Dinge zu debattieren, dafür aber handfeste innenpolitische Dinge beraten. Damit sind gerade jene Entschliessungen gemeint, die leider wegen Zeitnot nicht zur Sprache kamen.

-dt

(Wir bitten die Redaktionen, die diesen oder einen der Beiträge aus der letzten Folge über die Hofer Konferenz nachdrucken, ein Belegexemplar an den Ortsverein der SPD in Hof zu senden.)

Die Annahmen des "Hauptausschusses der Ostvertriebenen"

In einer Entschliessung des Flüchtlingsbeirates der SPD heisst es:

Die Lage der Vertriebenen und Ausgebombten in den Westzonen Deutschlands hat zu einer immer deutlicher werdenden Spannung zwischen Besitzenden und Besitzlosen geführt. Diese Spannung zeigt immer sichtbarer alle Formen eines Kampfes der Besitzenden, der mit jeder nur denkbaren Rücksichtslosigkeit gegen die wirtschaftlich Schwachen geführt wird. Wir stehen damit vor sozialen Auseinandersetzungen grössten Ausmasses.

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich in diesem Kampf rückhaltlos zu den schwächsten Gliedern der Gemeinschaft. Sie kämpft für Herstellung der sozialen Gerechtigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie weiss, dass diese Gerechtigkeit nur durch einen Lastenausgleich erreicht werden kann, der eine wirkliche Änderung der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse einschliesst.

Die deutsche Sozialdemokratie wendet sich mit grösster Schärfe gegen alle Versuche, die Vertriebenen von diesem Kampf um die soziale Gerechtigkeit abzulenken auf aussenpolitische Forderungen, die zur Zeit mit deutschem Willen nicht durchführbar sind, sondern allein der Entscheidung und Verantwortung der Siegermächte unterliegen. Deutsche Sozialdemokraten sind es gewesen, die als erste den Wahnsinn der Massenaustreibungen von Deutschen aus ihren Heimatgebieten gebrandmarkt haben. Deutsche Sozialdemokraten müssen aber gerade darum die Flüchtlinge vor denen warnen, die mit grossen Worten von der verlorenen Heimat reden, aber nicht geneigt sind, um der Vertriebenen willen die bürgerlich-kapitalistischen Vorrechte zu beseitigen und die Lasten des Krieges auf alle Schultern gleichmässig zu verteilen.

Der lauteste Wortführer dieser sehr bequemen Art von Flüchtlingspolitik ist der sogenannte "Hauptausschuss der Ostvertriebenen" in der britischen Zone mit dem Sitz in Lüpfstadt. Er behauptet, der alleinige Sprecher der Flüchtlinge in dieser Zone zu sein, ohne hierfür irgend einen legitimen Auftrag zu haben. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Gruppe von Ostdeutschen mit hoch klingenden Namen und Titeln, die bis auf wenige Ausnahmen parteipolitisch an die CDU gebunden sind.

Ton und Inhalt der bisherigen Verlautbarungen dieses Hauptausschusses, insbesondere das Manifest "Die Welt auf der Waage" sind eindeutige Äusserungen eines Nationalismus, der uns nur allzu bekannt ist und der gerade das Elend verschuldet hat, an dem Millionen deutscher Flüchtlinge heute leiden.

Die deutsche Sozialdemokratie ruft alle Vertriebenen und Ausgebombten als die ärmsten Glieder des deutschen Volkes zu einer echten politischen Entscheidung abseits von allen Illusionen und damit zu einem unerbittlichen Kampf um das soziale Recht in einer neuen sozialistischen Ordnung unserer Gemeinschaft. (n/Bl/205/2/he)

"Deutsche Wirklichkeiten"

sp. Der inzwischen verstorbene Gustav Stolper, der einatige Herausgeber des "Deutschen Volkswirt" und Reichstagsabgeordneter der Demokratischen Partei, hat vor einiger Zeit in New York ein Buch bei Reynal & Hitchcock erscheinen lassen: "German Realities. A Guide to the Future Peace of Europe" - "Deutsche Wirklichkeiten, ein Führer zum künftigen Frieden Europas." In der "Neuen Volkszeitung" befasst sich Friedrich Stampfer mit diesem Werk, das sehr wesentliche Dinge zur gegenwärtigen Situation Deutschlands, zu ihren Ursachen und zu ihren möglichen Auswirkungen zu sagen hat.

Nach einer Schilderung des bevölkerungspolitischen Schrumpfungsprozesses, den Deutschland durchzumachen hat, äussert sich Stolper näher zu den Fragen der materiellen und moralischen Zerstörungen Deutschlands, wobei hinzuzufügen ist, dass diese Darstellungen auf Beobachtungen und Erkenntnisse beruhen, die immerhin schon anderthalb Jahre zurückliegen und die inzwischen manche Korrektur erfahren haben. Stolper war übrigens im Vorjahre als Sachverständiger Teilnehmer der Hoover'schen Untersuchungsreise durch Deutschland.

Aus Stolpers Darstellung ergibt sich, dass man dem Ziel des Morgenthau-Planes näher gekommen sei als die Welt es weiss, und dass ^{es}infolgedessen viel mehr Mühe und Kosten erforderlich werde, den Schaden wenigstens zu einem gewissen Teile wieder gut zu machen. Die enorme Zerstörung aller Kultur- und Wirtschaftsgüter, die zum Teil durch die feindlichen Luftbombardements, teils durch die verbrecherische Rückzugstaktik der Nazis selbst verursacht wurde, hätte die schleunigste Inangriffnahme des Wiederaufbaues gleich nach der Kapitalation notwendig gemacht. Die Fortsetzung des Krieges nach dem Kriege durch rücksichtslose Zerstörung und Verschleppung unersetzlicher Produktionsmittel, die zu einer regelrechten Ausplünderung und Verkrüppelung der deutschen Industrie im Interesse ihrer Konkurrenten ausartete, habe den Schaden ins Unermessliche gesteigert. Er trifft die europäische Wirtschaft und den amerikanischen Steuerzahler.

Stolper befasst sich auch mit der Frage, wie die künftige Selbstverwaltung Westdeutschlands mit der innerdeutschen Wanderung fertig werden wird. Je mehr sich die Verhältnisse in Westen bessern sollten, desto stärker werde der Druck der inneren Wanderung auf die Ostgrenze Westdeutschlands werden. Die Okkupationsbehörden könnten ihm mit einer gewissen Brutalität begegnen. Gehe aber die Verantwortung auf deutsche Behörden über, so stünden sie vor folgendem Dilemma: Entweder sie drücken beide Augen zu mit dem Erfolg, dass sich ein neuer Strom von Einwanderern und Mitessern in das schon übervölkerte Westdeutschland ergiesst, oder aber sie halten den Strom mit Polizeigewalt auf und machen sich damit selber zu Erekatoren der Zerreißung Deutschlands.

Verantwortlich: Peter Raunau